

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 9

vom 2. März 2012
Redaktion: Katja Richardt

Bund

893. Sitzung des Bundesrates 2

Norddeutsche Zusammenarbeit

Schleswig-Holstein und Hamburg an einem Tisch 7

Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Harte Einschnitte bei der Hamburger Arbeit 10

Gesundheit und Verbraucherschutz

Medikamentenmissbrauch in Hamburg 12

Duale Ausbildung für den Krankenpflegeberuf 14

Inneres

Polizeiliche Kriminalstatistik 2011 15

Justiz und Gleichstellung

Justizsenatorin Jana Schiedek sieht Rechte von homo- und trans-sexuellen Menschen in St. Petersburg gefährdet 17

Initiative zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus – Erfolg im Bundesrat 18

Stadtentwicklung und Umwelt

Evokation des Bebauungsplanverfahrens Langenhorn 73 19

Finanzen

Senat beschließt Änderung der Landeshaushaltsordnung 20

Kultur

Kulturbehörde vergibt zusätzliche Förderung in Höhe von 100.000 Euro 21

Zur Information

Terminkalender 26

1. März 2012/br01

An der 893. Sitzung des Bundesrates am 2. März 2012 nehmen Erster Bürgermeister Olaf Scholz, Zweite Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt, Senatorin Jana Schiedek und Staatsrat Wolfgang Schmidt teil

Die Tagesordnung umfasst 37 Punkte.

Hamburg will Hasskriminalität stärker bestrafen

Die Hamburger Gesetzesinitiative zur Hasskriminalität befasst sich angesichts der Mordserie der sogenannten Zwickauer Zelle mit Straftaten, die sich gegen eine Person allein oder vorwiegend wegen deren politischer Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft oder aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres gesellschaftlichen Status richten. Dem erhöhten Unrechtsgehalt dieser Taten soll jedoch deutlicher als bisher Rechnung getragen werden, sie sind in besonderem Maße geeignet, die Bevölkerung zu verunsichern und den sozialen Frieden zu stören. Zwar können die Gerichte im Rahmen der Strafzumessung bereits jetzt menschenverachtende Beweggründe und Ziele des Täters strafscharfend berücksichtigen. Damit solche Ziele nicht nur besonders missbilligt, sondern auch in der Praxis stärker in den Fokus der polizeilichen Ermittlungstätigkeit und der richterlichen Strafzumessung gerückt werden, sollen rassistische, fremdenfeindliche oder sonstige menschenverachtende Beweggründe und Ziele des Täters nun jedoch ausdrücklich in die Strafzumessungsregelung des Strafgesetzbuches aufgenommen werden. Für diesen Hamburger Vorschlag zeichnet sich eine breite Mehrheit im Bundesrat ab.

Rechtsextremismus bekämpfen

In Folge der Mordserie der sogenannten Zwickauer Zelle hat die Bundesregierung eine Rechtsgrundlage für die Errichtung einer gemeinsamen Datei von Polizeibehörden und Nachrichtendiensten vorgelegt. Zur Bekämpfung des gewaltbezogenen Rechtsextremismus soll der Informationsaustausch zwischen Polizei und Nachrichtendiensten verbessert und beschleunigt werden. Erkenntnisse, über die eine Behörde bereits verfügt, können so anderen beteiligten Stellen leichter und effektiver zugänglich gemacht werden. Die Innenminister der Länder hatten sich auf ihrer Herbsttagung im Dezember 2011 für die Einrichtung einer solchen zentralen Datei ausgesprochen. Damit die Waffenbe-

hörden Erkenntnisse über verfassungsfeindliche Bestrebungen frühzeitig berücksichtigen können, fordert Hamburg zudem bei der Beantragung einer waffenrechtlichen Erlaubnis die Regelabfrage bei den Verfassungsschutzbehörden, wenn die Antragsteller das 16. Lebensjahr vollendet haben.

Hamburg fordert Reform der Minijobs

Die SPD geführten Länder haben einen Gesetzesentwurf zur Reform der Minijobs in den Bundesrat eingebracht, um Fehlentwicklungen in diesem Beschäftigungsbereich zu korrigieren. In einem ersten Schritt ist beabsichtigt, die wöchentliche Arbeitszeit auf maximal zwölf Stunden zu begrenzen. Bei Arbeitgebern, die gegen das Arbeits- und Tarifrecht verstoßen, wird die Anwendung der begünstigenden Regelungen für geringfügige Beschäftigung ausgeschlossen. Sie müssen in diesen Fällen die vollen Sozialversicherungsbeiträge für die gesamte Zeit der Beschäftigung zahlen, mindestens aber für 3 Monate.

Gefährliche Infektionskrankheiten schneller erkennen und dadurch effektiver eindämmen

Mit dem Gesetz zur Durchführung internationaler Gesundheitsvorschriften werden Kernkapazitäten insbesondere zum Infektionsschutz und zur Notfallversorgung festgelegt, die zukünftig an Flughäfen und Häfen vorzuhalten sind, um der möglichen Einschleppung von Infektionskrankheiten entgegenzuwirken. Damit soll die länderübergreifende Verbreitung von Infektionen an bedeutenden Knotenpunkten des See- und Luftreiseverkehrs eingedämmt werden. In einem Teil des Gesetzes werden zudem Erkenntnisse aus der EHEC-Epidemie von 2011 umgesetzt. Es wird festgeschrieben, dass zukünftig meldepflichtige Erkrankungen sowie Nachweise von Erregern schneller vom Meldenden über das jeweilige Gesundheitsamt und die Landesstelle an das Robert Koch-Institut übermittelt werden. Das neue Gesetz lässt grundsätzlich nur noch einen Spielraum von drei Tagen zu. Hamburg begrüßt diese Veränderungen ausdrücklich, lehnt aber wie andere Länder ab, die Kosten für die Einrichtung und Unterhaltung der Maßnahmen zu tragen. da der Bund für den Schutz der Außengrenzen sowie für Maßnahmen des Grenzübertretts und Grenzkontrollmaßnahmen zuständig ist. Hamburg wird daher die Anrufung des Vermittlungsausschusses unterstützen.

Anerkennung von Berufsqualifikationen in Europa

Die EU-Kommission beabsichtigt die Mobilität der qualifizierten Berufstätigen in Europa zu fördern. Hierzu liegt dem Bundesrat ein Richtlinien-Vorschlag zur Änderung der EU-Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen vor, mit dem die Anerkennung eines Berufsabschlusses im europäischen Ausland durch einen Berufsausweis erleichtert werden soll. Daneben ist eine automatische Anerkennung von verschiedenen Berufsabschlüssen vorgesehen. Ein kritischer Punkt in der Vorlage ist, dass als Zugangsvoraussetzung für die Krankenpflegeausbildung statt wie bisher eine zehnjährige zukünftig eine zwölfjährige allgemeine Schulausbildung festgeschrieben werden soll. Nur dann soll

die Qualifikation in allen EU-Mitgliedstaaten direkt, d.h. ohne weitere Überprüfung, anerkannt werden. Diesen Vorstoß lehnt Hamburg ebenso wie die anderen Länder und die Bundesregierung entschieden ab.

Europäische Vorgaben für Dienstleistungskonzessionen

Dienstleistungskonzessionen unterliegen bisher nicht dem europäischen Vergaberecht. Durch ihren Richtlinienvorschlag zur Konzessionsvergabe will die Europäische Kommission das Verfahren transparenter und rechtssicherer gestalten. Bei einer Konzessionsvergabe wird zwischen einem öffentlichen Auftraggeber (z.B. einer Kommune) und einem privaten Unternehmen ein entgeltlicher Vertrag über die Erbringung einer „öffentlichen Leistung“ (wie beispielsweise der Wasserversorgung) geschlossen. Ab einem Vertragswert von fünf Mio. Euro soll die Konzessionsvergabe künftig im EU Amtsblatt bekannt gemacht werden müssen.

Im Bundesrat wird am Freitag zunächst über eine sog. Subsidiaritätsrüge beraten, mit der mehrere Länder die grundsätzliche Regelungsbefugnis der Kommission auf dem Gebiet der Dienstleistungskonzessionen in Frage stellen. Hamburg steht dem Richtlinienentwurf mit Blick auf seine Regelungsdichte und -tiefe ablehnend gegenüber und bereitet hierzu für die kommenden Ausschussberatungen eine kritische inhaltliche Stellungnahme vor. Da es sich beim Vergaberecht um ein Kernelement des Binnenmarktes handelt, wird die Regelungsbefugnis der EU-Kommission von Hamburg allerdings nicht grundsätzlich in Frage gestellt und die Subsidiaritätsrüge daher nicht unterstützt.

Recht auf eigene Kinder unabhängig vom Einkommen

Hamburg unterstützt im Bundesrat eine Länderinitiative zum Kinderwunschförderungsgesetz. Die Erfüllung des Kinderwunsches sollte nicht von der Einkommenssituation abhängig sein. Mit dem Gesetzentwurf wird die Bundesregierung aufgefordert, ergänzend zur 50-prozentigen Übernahme der Behandlungskosten durch die Krankenkassen 25 Prozent der Kosten für Maßnahmen zur künstlichen Befruchtung zu übernehmen. Mit der Regelung soll vermieden werden, dass die Erfüllung des Kinderwunsches einkommensschwache Paare vor erhebliche finanzielle Probleme stellt.

Neuer Wahlkreiszuschnitt in der Sternschanze

Mit dem Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes werden Änderungen bei der Wahlkreiseinteilung vorgenommen. In HH wird das bisher auf die Wahlkreise 18, 19 und 20 aufgeteilte Gebiet des Stadtteils Sternschanze im Wahlkreis 19 - Altona - zusammengefasst. Zudem verändert sich die Nummerierung der Wahlkreise. Künftig werden die Hamburger Bundestagswahlkreise wie folgt benannt: Wahlkreis 18: Hamburg-Mitte, Wahlkreis 19: Hamburg-Altona, Wahlkreis 20: Hamburg-Eimsbüttel, Wahlkreis 21: Hamburg-Nord, Wahlkreis 22: Hamburg-Wandsbek, Wahlkreis 23: Ham-

burg-Bergedorf-Harburg. Durch Veränderungen der Bevölkerungsdichte wird Bayern voraussichtlich einen zusätzlichen Wahlkreis erhalten



Für Rückfragen:

Sabine Spitzer

Freie und Hansestadt Hamburg, Vertretung beim Bund

Tel. 0 30 – 2 06 46-109

www.hamburg.de/landesvertretung

28. Februar 2012/pr28

Schleswig-Holstein und Hamburg an einem Tisch

Die Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg soll in den kommenden Jahren weiter ausgebaut werden. Wichtigste Themen dabei sind der Ausbau der Infrastruktur und die Energiewende. Darauf verständigten sich die beiden Landeskabinette am Dienstag, 28. Februar, in einer gemeinsamen Sitzung in Kiel.

"Hamburg und Schleswig-Holstein setzen auf Kooperation und nicht auf Konfrontation", sagte Ministerpräsident Peter Harry Carstensen im Anschluss an die Kabinettsitzung. Die Zusammenarbeit Schleswig-Holsteins mit seinen norddeutschen Partnern sei wichtig und notwendig und längst selbstverständlicher Alltag geworden. Dabei komme besonders der Kooperation mit Hamburg eine herausragende Bedeutung zu. Das sei allen Partnern bewusst.

Gutes Verhältnis

Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz ergänzte: "Das Verhältnis zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein ist gut. Allein die in den vergangenen zwölf Monaten gemeinsam erreichten Erfolge beider Länder sind auch Resultate dieser guten Beziehung. Das gilt sowohl für das vereinbarte Konzept zur Sanierung der HSH Nordbank als auch für die schrittweise Realisierung der für beide Länder wichtigen Fahrrinnenanpassung der Elbe. Weitere Herausforderungen kommen auf beide Länder zu. Das gilt insbesondere für die notwendigen Schritte in Zusammenhang mit der Energiewende. Das gilt auch für Planung und Umsetzung der großen Verkehrs- und Infrastrukturprojekte. Ich denke zum Beispiel an die Fehmarnbelt-Querung oder die eigenständige S-Bahn von Hamburg nach Bad Oldesloe. Ich bin optimistisch, dass Hamburg und Schleswig-Holstein weiterhin erfolgreich zusammenarbeiten werden", sagte Scholz.

Energiekonzepte aufeinander abstimmen

Die Regierungen sind sich einig, dass Hamburg und Schleswig-Holstein die wirtschaftlichen Potenziale der Erneuerbaren Energien gemeinsam ausbauen und fördern wollen. Der Ausbau der Stromnetze sei dabei unabdingbare Voraussetzung. "Wir fordern deshalb gemeinsam die Bundesregierung und die Netzbetreiber zu einer Beschleunigung des Netzausbaus auf", so Carstensen. Beide Länder wollen darüber hinaus die Entwicklung der Speichertechnologien und -potenziale gemeinsam fördern und nutzen und ihre Aktivitäten in den Bereichen Forschung und Entwicklung gegenseitig unterstützen. Carstensen: "Die bisher identifizierten Felder der Zusammenarbeit sind erst ein Anfang. Hamburg und Schleswig-Holstein wollen darüber hinaus einen Energiedialog aufnehmen, mit dem Ziel, bis Ende 2012 ihre jeweiligen Energiekonzepte aufeinander abzustimmen." In diesen Dialog werden auch die relevanten Partner aus der Wirtschaft, insbesondere die Energieversorgungsunternehmen und Übertragungsnetzbetreiber einbezogen.

Pendlerverkehre stärker auf die Schiene verlagern

Wichtig sei, sich bei der Infrastrukturplanung weiterhin eng abzustimmen. "Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur in Norddeutschland ist für den Erhalt und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Region zwingend erforderlich", sagte der Ministerpräsident. Gerade im Zusammenspiel mit Hamburg sei dies eine entscheidende Voraussetzung. "Allein über 140.000 Berufstätige pendeln täglich zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein. Dies führt zu hohen Verkehrsströmen, die nur mit einer funktionierenden Infrastruktur bewältigt werden können", so Carstensen. Die dafür vom Bund bereit gestellten Finanzmittel würden dem Bedarf seit Jahren nicht mehr gerecht.

Beide Länder vereinbarten deshalb, besonders Pendlerverkehre stärker auf die umwelt- und ressourcenschonende Schiene zu verlagern und so auch die Straßen zu entlasten. "Eine stärkere Verzahnung der Nachbarkreise mit dem Hamburger S-Bahnnetz – unter anderem durch die Realisierung der S 4 - ist dabei eine sinnvolle Option", so der Ministerpräsident. Doch auch der Neu- und Ausbau der Autobahnen 7, 20 und 21 seien wichtige Schlüsselprojekte. Als weitere Schwerpunkte nannten Carstensen und Scholz die Hinterlandanbindung für die feste Fehmarnbelt-Querung, den Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals und die Fahrrinnenanpassung der Elbe.

Wirtschaftliche Entwicklung des Unterelberaums voranbringen

Schleswig-Holstein und Hamburg sind sich außerdem einig, zusammen mit Niedersachsen die wirtschaftliche Entwicklung des Unterelberaums voranzutreiben. "Der Unterelberaum ist einer der interessantesten Wirtschaftsräume Deutschlands und hat hervorragende Zukunftschancen", so Carstensen und Scholz. Dies gelte auch mit Blick auf die westliche Elbquerung als Fortführung der A 20 sowie die A 26 zwischen Drochtersen und der A 7, die diesen Wirtschaftsraum noch enger zusammenrücken lassen würden.

Vorteile des Unterelberaums seien die geographische Lage mit direktem Zugang zur See, eine leistungsfähige Hafeninfrastruktur, ausreichend verfügbare Energie sowie Gewerbeflächen. Angestrebt würden weitere Ansiedlungen von Gewerbe und Industrie, der weitere Ausbau der Hafenkooperation sowie die Sicherung der Energieversorgung.

Am 4. April werden die drei Wirtschaftsminister auf einer gemeinsamen Fachkonferenz in Hamburg diskutieren, wie man länderübergreifend die Zukunft des Wirtschaftsraums Unterelbe unterstützen kann.

Die weiteren Beschlüsse der Kabinettsitzung im Überblick:

Soziale Infrastruktur im Hamburger Randgebiet:

In den kommenden Jahrzehnten wird es immer mehr pflegebedürftige Menschen geben. Das bedeutet einen erhöhten Bedarf an Unterstützungs-, Betreuungs- und Pflegeangeboten. In einer Arbeitsgruppe wollen Vertreter beider Länder klären, was das konkret für die soziale Infrastruktur im Hamburger Randgebiet bedeutet.

Verwaltungskooperationen:

Pflanzenschutz: In diesem Bereich soll es einen größeren Austausch geben. Angestrebt wird eine engere Kooperation in der Beratung, im Versuchswesen und in der Diagnostik von Pflanzenkrankheiten.

Landeslabore: Bei den staatlichen Untersuchungseinrichtungen für die Bereiche Lebensmittel- und Bedarfsgegenstände, Veterinärwesen und Umweltanalytik ist über die bisherige Zusammenarbeit hinaus eine noch stärkere Arbeitsteilung beispielsweise beim Austausch von Proben vorgesehen.

Forstverwaltung: Die seit 2004 bestehende Zusammenarbeit soll weiter ausgebaut und vertieft werden.

Luftfahrtverwaltung: Beide Länder planen die Übernahme der luftsicherheitsrechtlichen Zuverlässigkeitsprüfungen Schleswig-Holsteins durch die Hamburger Luftsicherheitsbehörde.

Lärmschutz Flughafen Hamburg: Nach Neufestsetzung des Lärmschutzbereichs für den Flughafen Hamburg sollen in enger Abstimmung beider Länder die notwendigen weiteren Verbesserungen des Lärmschutzes geprüft werden.

Gesprochen wurde auch über die Einrichtung einer gemeinsamen Internetplattform. Dort könnten sich die Bürgerinnen und Bürger beider Länder direkt mit Vorschlägen und Wünschen zur Weiterentwicklung der Kooperation zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg beteiligen.

Rückfragen:
Christoph Holstein
Senatssprecher
Rathausmarkt 1
20095 Hamburg
Tel.: 040 / 428 31 22 44
Mobil: 0170 / 288 18 09
E-Fax: 040 / 4279 15 143
Mail: Christoph.Holstein@sk.hamburg.de

27. Februar 2012/basfi27

Harte Einschnitte bei der Hamburger Arbeit (HAB)

Lenkungsgruppe legt Sanierungskonzept vor

Die Hamburger Arbeit-Beschäftigungsgesellschaft mbH (HAB) befindet sich durch veränderte Rahmenbedingungen in erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Da das Unternehmen in der bisherigen Größe ökonomisch nicht weiter bestehen kann, muss es auf einen Kernbereich reduziert werden. Die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) strebt an, die bisherigen Projekte der HAB überwiegend an andere Träger zu übergeben, wobei die betroffenen Beschäftigten übernommen werden sollen.

„Wir wollen die HAB auf Kernfunktionen ausrichten, die arbeitsmarktpolitisch einen direkten Nutzen bringen und betriebswirtschaftlich ein kostendeckendes Handeln ermöglichen“, betont **Staatsrat Jan Pörksen**, der eine Lenkungsgruppe zur Neustrukturierung der HAB leitet, an der auch die Geschäftsführung und der Betriebsrat sowie ein externer Unternehmensberater beteiligt sind. „Ich verstehe, dass die erhebliche Verkleinerung für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen schmerzhaft ist. Alle Beteiligten wissen aber auch, dass der Anpassungsprozess unvermeidlich ist. Wir gestalten die Sanierung deshalb sozial verträglich. Im Mittelpunkt der jetzt beginnenden Verhandlungen über einen Interessenausgleich und Sozialplan wird das Ziel stehen, neue Perspektiven für die Beschäftigten der HAB aufzubauen.“

Auf Empfehlung der Lenkungsgruppe hat sich die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration entschlossen, die HAB auf folgende Kernbereiche zu reduzieren:

- Programm „40 flankierende SozialbetreuerInnen“: Wer am sozialen Arbeitsmarkt teilnimmt, soll mit Hilfe dieses Programms zusätzlich über integrationsorientierten Maßnahmen des Jobcenters beraten werden. Mittelfristig soll dadurch erreicht werden, dass diese Personen wieder in Beschäftigung eingegliedert werden. Dadurch sinken auch die finanziellen Aufwendungen der Stadt Hamburg für diesen Personenkreis.
- Schuldnerberatung: An den Hamburger Angeboten der Schuldnerberatung wird sich die HAB weiter beteiligen, insbesondere im Zusammenhang mit den flankierenden Leistungen. Ressourcen können ergänzend ausgelastet werden.

Aus dem Geschäftsfeld der Durchführung von Arbeitsgelegenheiten gem. § 16 d SGB II wird sich die HAB hingegen zurückziehen. Angestrebt wird, die zurzeit von der HAB verwalteten 694 Plätze für Arbeitsgelegenheiten (AGH) in Abstimmung mit dem Jobcenter team.arbeit.hamburg an andere Träger zu übertragen. Ziel ist, dass die im AGH-Bereich gegenwärtig beschäftigten Mitarbeiter der HAB bei diesen Trägern ihre berufliche Tätigkeit fortführen können. Arbeitsgelegenheiten, die nicht auf andere Träger übertragen werden können, werden von der HAB gemäß den für das Jahr 2012 gültigen vertraglichen Verpflichtungen mit Jobcenter team.arbeit.hamburg weitergeführt.

Weiter umgesetzt werden auch die bestehenden und vorgesehenen Angebote der HAB im Bereich der Schulessenversorgung sowie das Fahrradhaus in Bergedorf. Die eingegangenen Verpflichtungen werden vollumfänglich erfüllt und die sich tragenden Projekte sollen langfristig erhalten bleiben. Parallel werden die Projekte der HAB Service GmbH darauf hin überprüft, ob sich für die Zukunft auch hier andere Kooperationspartner finden, die die Projektmitarbeiter der HAB übernehmen.

Für die Mitarbeiter der HAB, die weder in der zukünftigen Kern-HAB beschäftigt sein werden, noch im Rahmen des Projektübergangs auf andere Träger ihre Aufgaben zukünftig bei einem Dritten wahrnehmen können, wird eine Transfergesellschaft angestrebt mit dem Ziel, neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu finden. Dem Aufsichtsrat der HAB wird die Lenkungsgruppe am 8. März 2012 konkrete Vorschläge zur Entscheidung vorgelegen.

Hintergrundinformationen

Die Hamburger Arbeit-Beschäftigungsgesellschaft mbH (HAB) ist ein städtisches Unternehmen, das seit 1983 als führender arbeitsmarktpolitischer Dienstleister der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH) agiert. Die HAB und ihre Tochtergesellschaft HAB Service GmbH beschäftigen derzeit rund 190 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit dem Ziel, arbeitslose Menschen wieder in Beschäftigung zu bringen. Mit der Reform der Sozialhilfe und dem Inkrafttreten des Sozialgesetzbuchs II (SGB II) im Jahr 2005 hat sich die Geschäftsgrundlage der HAB dramatisch verändert. Zahlreiche wichtige Geschäftsfelder sind in den darauffolgenden Jahren weggefallen, zudem ist der Umsatz auf etwa ein Viertel zurückgegangen.

Für Rückfragen der Medien

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration
Hamburger Straße 47 | 22083 Hamburg | Pressestelle | Nicole Serocka
T +49 40 428 63- 2889 | F +49 40 428 63 - 3849 |
pressestelle@basfi.hamburg.de | www.hamburg.de/basfi

29. Februar 2012/bgv29b

Medikamentenmissbrauch in Hamburg

Gesundheitsbehörde legt Studie zum Gebrauch von rezeptpflichtigen Medikamenten vor

Medikamentenmissbrauch oder „der nicht bestimmungsgemäße Gebrauch“ von Medikamenten ist noch immer ein gesellschaftliches Tabuthema. Schätzungen gehen davon aus, dass in Deutschland etwa 1,5 Millionen Menschen medikamentenabhängig sind. Eine große Herausforderung stellt der Medikamentenmissbrauch insbesondere von Benzodiazepinen (z.B. Schlaf-, Beruhigungs- und Schmerzmittel) dar. Um mehr Erkenntnisse über die Betroffenen in Hamburg zu gewinnen, hat die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV) im Rahmen der Kampagne „Mit-Denken – Bewusster Umgang mit Medikamenten“ eine Studie in Auftrag gegeben. Diese wurde jetzt durch Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks der Fachöffentlichkeit vorgestellt.

„Die Ergebnisse der Studie zeigen die besondere Betroffenheit älterer Menschen. Wir werden sie mit den verschiedenen Akteuren der Hamburger Gesundheits- und Pflegeinstitutionen“, so **Gesundheitssenatorin Prüfer-Storcks**. „Diese Fachdiskussion wird in den nächsten Jahren von Seiten der Behörde forciert und mit dem Ziel begleitet, die Hilfen weiterzuentwickeln.“

Einige Ergebnisse der Studie im Überblick:

- Der Anteil älterer Menschen über 70 Jahre mit Benzodiazepin-Verordnungen ist mit knapp 30 % überproportional hoch und ist in besonderem Maße von hoch dosierten Benzodiazepin-Langzeitverschreibungen betroffen.
- Bei den problematischen Verschreibungsfällen zeigt sich ein deutliches Überwiegen der Frauen.
- Insbesondere in der Ärzteschaft und unter den Apothekern ist vermehrt Aufklärung über die Risiken einer Benzodiazepin-Dauermedikation wichtig.

Die Studie basiert auf einer Analyse der Versorgung der Hamburger Wohnbevölkerung mit rezeptierten Medikamenten durch kassenärztliche und private Rezepte. Der Focus des Forschungsberichts liegt hierbei auf der systematischen Erfassung problematischer und ggf. missbräuchlicher Versorgung von Patientinnen und Patienten mit Benzodiazepinen, der größten und gesundheitspolitisch relevantesten Medikamentengruppe mit Missbrauchspotential. Ebenfalls steht eine sozialräumliche Analyse der regionalen Verschreibung für Hamburg sowie die Identifizierung und Klassifizierung problematischer Verschreibungssequenzen aus Sicht der Patienten und Ärzte im Mittelpunkt der Betrachtung.

Die Studie „Epidemiologie der Verschreibung von Medikamenten“ steht in Kürze im Internet unter <http://www.hamburg.de/startseite-drogen-sucht/> zur Verfügung. Der Bericht ist über die BGV auch zu beziehen per Mail unter DrogenundSucht@bgv.hamburg.de

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

2. März 2012/bgv02

Duale Ausbildung für den Krankenpflegeberuf gewährleistet in Deutschland hohe Qualität Hamburg lehnt EU-Vorstoß zum 12jährigen Schulbesuch als Voraussetzung für den Krankenpflegeberuf ab

Die EU-Kommission möchte die Mobilität der qualifizierten Berufstätigen in Europa fördern. In dem gegenüber dem Bundesrat vorgelegten Vorschlag zur Änderung der EU-Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen ist dazu u.a. vorgesehen, als Zugangsvoraussetzung für die Krankenpflegeausbildung zukünftig eine zwölfjährige allgemeine Schulausbildung festzuschreiben. Nur dann soll die Qualifikation in allen EU-Mitgliedstaaten direkt, d.h. ohne weitere Überprüfung anerkannt werden. Diesen Vorstoß lehnt Hamburg ebenso wie die anderen Bundesländer und das Bundesministerium für Gesundheit ab.

„Die beruflichen Bildungssysteme in Europa sind sehr unterschiedlich. In einigen Ländern sind berufliche Ausbildungen beispielsweise an einer Hochschule angesiedelt, in anderen gar nicht geregelt“, so **Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks**. „Das deutsche System der dualen Ausbildung ist im übrigen Europa weitgehend unbekannt, dabei ist die deutsche Ausbildung im internationalen Vergleich von hoher Qualität.“

In Deutschland ist das Abitur bzw. Fachabitur grundsätzlich die Voraussetzung zur Aufnahme eines Studiums. Eine solche Zugangsvoraussetzung wird aber nicht für berufliche Ausbildungen, wie kaufmännische Ausbildungen oder die Krankenpflegeausbildung, gefordert. „Die regelhafte Ausbildung von Gesundheits- und Krankenpflegerinnen und -pflegern an Hochschulen würde einen Systemwandel im deutschen Gesundheitssystem zur Folge haben. Zu befürchten ist, dass dann deutlich weniger qualifizierte Fachkräfte und mehr Hilfskräfte in den Krankenhäusern arbeiten werden. Die Qualität der Pflege würde nicht verbessert, sondern verschlechtert. Entscheidend für die Qualifikation der Krankenpflegekräfte ist aber insbesondere die Qualität der Berufsausbildung, weniger die Dauer der schulischen Vorbildung. Die Pflege in Deutschland fordert Professionalisierung im Übrigen bezogen auf originär pflegerische Tätigkeiten, wie das Wund- oder Schmerzmanagement, nicht einen „Arzt light“. Eine Aufwertung der Pflege kann nicht über die Ausgrenzung eines Großteils von potentiellen Bewerbern geschehen“, so **Prüfer-Storcks**.

Das deutsche Gesundheitssystem weist eine hohe Fachkräftdichte in der pflegerischen Versorgung auf. So sind in den Krankenhäusern im Bereich der Pflege fast ausschließlich Gesundheits- und Krankenpflegerinnen und -pfleger, also Fachkräfte mit einer dreijährigen Ausbildung, die mindestens den mittleren Schulabschluss voraussetzt, tätig. Dies gewährleistet eine hohe Qualität, auch im ambulanten Bereich.

Das Ziel der EU-Kommission, die Mobilität innerhalb Europas zu erhöhen, würde durch die vorgeschlagene Regelung konterkariert. Dem europäischen Pflegemarkt stünden nämlich deutlich weniger Fachkräfte zur Verfügung, die den Anforderungen der Berufsanerkenntnisrichtlinie genügen würden.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

1. März 2012/bis01

Polizeiliche Kriminalstatistik 2011

Hamburgs Innensenator **Michael Neumann**, **Polizeipräsident Wolfgang Kopitzsch** und der **Leiter des Landeskriminalamtes, Leitender Kriminaldirektor Reinhard Chedor**, haben am heutigen Donnerstag die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) für das Jahr 2011 vorgestellt. Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten stieg gegenüber 2010 leicht um 1,8 Prozent auf 228.874 Fälle an, was vor allem auf eine Zunahme von Diebstählen (u. a. Laden- und Fahrraddiebstahl) und beim Warenbetrug (Ebay) zurückzuführen ist. Im Jahr 2002 waren mit 269.121 Delikten noch rund 40.000 Straftaten mehr registriert worden. Die Aufklärungsquote lag 2011 bei 44,3 Prozent (2010: 46,2 Prozent).

14 Prozent weniger Wohnungseinbrüche

In sensiblen Kriminalitätsfeldern, die das Sicherheitsempfinden maßgeblich beeinflussen, waren im vergangenen Jahr teilweise drastische Rückgänge zu verzeichnen. 2011 wurden insgesamt 6.482 Wohnungseinbrüche festgestellt - 1.054 Taten (14,0 Prozent) weniger als im Jahr zuvor. In zwei von fünf Fällen gelang es den Tätern nicht, in die Wohnung einzudringen. In 38,1% aller Einbrüche blieb es bei einem Versuch – der höchste Stand seit 1971.

Innensenator Michael Neumann: „Das Risiko, Opfer eines Einbruchs zu werden, ist im vergangenen Jahr deutlich gesunken. Das ist eine sehr erfreuliche Nachricht für die Menschen in unserer Stadt – gerade wenn man bedenkt, dass ein Einbruch immer ein schmerzhafter Eingriff in die Privatsphäre ist. Unsere Polizei leistet beim Einbruchschutz wertvolle Präventionsarbeit. Großes Lob gebührt aber auch den Hamburgerinnen und Hamburgern, die ihre Wohnungen und Häuser offenbar immer besser gegen ungebetene Gäste sichern. Dennoch ist auch hier noch mehr möglich.“

Jugendkriminalität um knapp 10 Prozent rückläufig

Bei der Jugendkriminalität hat sich der rückläufige Trend im vergangenen Jahr nochmals deutlich verstärkt. 2011 wurden 14.940 Tatverdächtige unter 21 Jahren (TVu21) ermittelt, 1.512 bzw. 9,2 Prozent weniger als im Jahr 2010. Der Rückgang betrifft beide Geschlechter gleichermaßen. Während die Anzahl der männlichen TVu21 im Vorjahresvergleich um 1.065 (-9,1 Prozent) auf 10.684 Tatverdächtige zurückging, sank die Anzahl der weiblichen TVu21 um 447 (-9,5 Prozent) auf 4.256 Tatverdächtige. Der Anteil weiblicher Tatverdächtiger an allen TVu21 liegt bei 28,5 Prozent.

Bei der **Jugendgewaltkriminalität** ist ebenfalls ein spürbarer Rückgang um 6,1 Prozent zu verzeichnen. Die Polizei ermittelte 2011 im Bereich Gewaltkriminalität insgesamt 2.587 TVu21, das sind 167 weniger als im Jahr 2010. Ihr Anteil an allen Tatverdächtigen im Bereich der Gewaltkriminalität beträgt 35,6 Prozent (Vorjahr: 37,6 Prozent) und geht damit im vierten Jahr in Folge zurück.

Gewaltkriminalität: Weniger Tötungsdelikte und Vergewaltigungen

Die Entwicklung der Gewaltkriminalität verlief im Jahr 2011 uneinheitlich. Deutliche zweistellige Rückgänge gegenüber 2010 gab es bei den Tötungsdelikten von 77 auf 61 Taten (-20,8 Prozent) und bei den Vergewaltigungen und sexuellen Nötigungen von 192 auf 144 Taten (-25 Prozent). Bei den Raubdelikten war ein leichter Anstieg um 75 Fälle (2,8 Prozent) auf 2.725 Taten zu verzeichnen, die Fälle von gefährlicher und schwerer Körperverletzung insgesamt stiegen um 233 (4,1 Prozent) auf

5.918. Erfreulich verlief die Entwicklung der gefährlichen und schweren Körperverletzungen auf Straßen, Wegen und Plätzen: Die Anzahl der Taten nahm um 92 (-2,4 Prozent) auf 3.742 Fälle ab.

Brandstiftungen an Fahrzeugen bleiben Herausforderung – Serientäter festgenommen

Die vorsätzlichen Brandstiftungen an Fahrzeugen standen vergangenes Jahr im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit. 2011 registrierte die Polizei 293 Taten, das sind 136 Taten (86,6 Prozent) mehr als im Jahr 2010. Der Großteil der Taten ereignete sich in der ersten Jahreshälfte, allein in den Monaten April und Mai wurden mehr als 100 Brandstiftungen begangen. In 86 Prozent der Fälle war das Motiv Vandalismus. 37 Taten konnten aufgeklärt werden. Im Dezember gelang es der Polizei, einen Serientäter festzunehmen, dem mindestens vier Taten zur Last gelegt werden.

Die **Diebstähle im Zusammenhang mit Kraftfahrzeugen** haben einen historischen Tiefstand erreicht. Im Vergleich zum Vorjahr registrierte die Polizei einen Rückgang um 1.332 (-6,3 Prozent) auf 19.725 Fälle. Das ist die niedrigste Zahl, die in diesem Bereich seit über 40 Jahren in Hamburg festgestellt wurde. Trotzdem stehen Navigationsgeräte und Airbags bei potenziellen Dieben weiterhin hoch im Kurs. Während die Zahl der gestohlenen Navigationsgeräte im Vorjahr um 659 (-15,7 Prozent) auf 3.551 Fälle spürbar zurückging, wurden 743 Airbags gestohlen – 311 (72 Prozent) mehr als im Jahr 2010.

Drogenkriminalität sinkt auf niedrigsten Stand seit 1995

Die Rauschgiftdelikte nahmen 2011 erneut um 5,5 Prozent auf 7.745 Fälle ab. Das ist der niedrigste Wert seit 1995. Beim illegalen Handel/Schmuggel bzw. der illegalen Einfuhr von Betäubungsmitteln wurden 14,2 Prozent weniger Fälle als 2010 registriert. Die polizeilichen Maßnahmen haben auch 2011 dazu geführt, dass die Erscheinungsformen der Drogenkriminalität in der Öffentlichkeit weitestgehend nicht mehr festzustellen sind.

Innensenator Michael Neumann: „Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Hamburger Polizei für ihre engagierte und erfolgreiche Arbeit. Sie haben auch im vergangenen Jahr wieder bewiesen, dass sie hoch motiviert und leistungsfähig sind. Auf unsere Polizei ist Verlass, Sie ist ein Garant für das hohe Sicherheitsniveau in unserer Stadt.“

Die vollständige Kriminalstatistik ist im Internet unter www.hamburg.de/innenbehoerde oder www.polizei.hamburg.de abrufbar.

Rückfragen:

Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Frank Reschreiter, Tel. 040 – 42839-2673

E-Mail: pressestelle@bis.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde

1. März 2012/bjg01

Justizsenatorin Jana Schiedek sieht Rechte von homo- und trans-sexuellen Menschen in St. Petersburg gefährdet

Jana Schiedek, Senatorin für Justiz und Gleichstellung, zeigt sich über den im Stadtparlament von St. Petersburg verabschiedeten homosexuellenfeindlichen Gesetzesentwurf besorgt: „Das Gesetz leistet der Diskriminierung und Ausgrenzung von Menschen mit gleichgeschlechtlicher Lebensweise Vorschub und schürt Intoleranz und Ausgrenzung“.

Der Gesetzesentwurf stellt die „Werbung für männliche und weibliche Homosexualität, Bisexualität und Transgenderismus unter Minderjährigen“ unter Strafe. Homo- und transsexuelle Lebensentwürfe werden dabei mit Pädophilie gleichgesetzt. Die Gesetzesinitiative sorgte international für Protest. Im Namen des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg hatte sich Senatorin Schiedek deshalb bereits im laufenden Gesetzgebungsverfahren an den Vorsitzenden des Komitees für Auswärtige Beziehungen in Sankt Petersburg gewandt und ihre Besorgnis zum Ausdruck gebracht.

„Beim Christopher-Street-Day haben wir gemeinsam mit Vertretern der gleichgeschlechtlichen Community aus Sankt Petersburg gegen die Diskriminierung von homo-, bi- und transsexuellen Menschen Flagge gezeigt. Auch jetzt unterstützt Hamburg die Menschen in St. Petersburg im Einsatz für eine vielfältige und tolerante Gesellschaft. Wir wollen unsere Partner nicht bevormunden. Zu einem lebhaften Dialog zwischen Partnerstädten gehört es aber auch, dass kritische Punkte offen angesprochen werden“, sagte Justizsenatorin Schiedek.

Kontakt:

Dr. Sven Billhardt

Behörde für Justiz und Gleichstellung, Pressestelle

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953, Fax: 040 427943 258

E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de

2. März 2012/bjg02

Initiative zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus – Erfolg im Bundesrat

In der heutigen Sitzung des Bundesrates in Berlin wurde Hamburgs Gesetzesinitiative zur verbesserten Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus mit breiter Mehrheit angenommen. **Justizsenatorin Jana Schiedek** hob in ihrer heutigen Rede im Bundesrat die Initiative als wichtiges Signal hervor:

„Wir dulden es nicht, dass Menschen wegen ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe oder ihrer sexuellen Orientierung zu Opfern werden. Diese Straftaten sind für die Opfer besonders erniedrigend. Sie werden zu bloßen Objekten degradiert. Darüber hinaus verunsichern und verängstigen sie andere Menschen, die sich in der gleichen Situation befinden“.

Mit dem erarbeiteten Gesetzentwurf werden menschenverachtende, insbesondere rassistische oder fremdenfeindliche Beweggründe und Ziele des Täters bei der Strafzumessung durch eine Ergänzung des § 46 Strafgesetzbuch besonders berücksichtigt. Damit wird im Strafgesetzbuch ausdrücklich geregelt, dass derartige Motive nach dem Willen des Gesetzgebers strafscharfend wirken. Dies betrifft insbesondere Straftaten, die sich gegen eine Person allein oder vorwiegend wegen ihrer Rasse, ihrer Religion, ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihres Geschlechts, ihrer politischen Orientierung, ihres Alters oder einer geistigen oder körperlichen Behinderung richten.

Der Verfassungsschutzbericht des Bundesministeriums des Innern weist für das Jahr 2010 bundesweit 762 derartige Gewalttaten aus. Der Gesetzentwurf wird nun dem Deutschen Bundestag zur Abstimmung zugeleitet. Nicht erst angesichts der Mordserie der sogenannten Zwickauer Zelle ist eine Ergänzung des Strafgesetzbuchs überfällig. Mit einer Ergänzung des Strafgesetzbuchs setzt Deutschland zusätzlich eine Empfehlung des Ausschusses zur Beseitigung der Rassendiskriminierungen um.

Kontakt:

Dr. Sven Billhardt

Behörde für Justiz und Gleichstellung, Pressestelle

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953, Fax: 040 427943 258

E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de

1. März 2012/bsu01

Evokation des Bebauungsplanverfahrens Langenhorn 73

Die Senatskommission für Stadtentwicklung und Wohnen hat heute beschlossen, das Bebauungsplanverfahren Langenhorn 73 / Siedlung Wulffsgrund zu evozieren.

Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt, Jutta Blankau: „Der Senat hat vor dem Hintergrund des Bürgerentscheides die Argumente und Interessen sorgfältig abgewogen. Ich bin überzeugt: Langenhorn 73 ist ein weiterer Schritt nach vorn für mehr bezahlbaren Wohnraum und für einen besseren Klimaschutz in Hamburg. Es ist zum einen eine Entscheidung für mehr Lebensqualität der jetzigen Mieterinnen und Mieter, zum anderen werden durch die Nutzung freier Flächen innerhalb der vorhandenen Bebauung 150 zusätzliche Wohnungen geschaffen, die Hamburg dringend braucht.“

Der Mieterbeirat der Wulffschen Siedlung hat sich ausdrücklich für den vom Senat beschlossenen Weg ausgesprochen. Die vorhandenen Wohnungen aus den Jahren 1942 bzw. 1952 sind durchschnittlich 49 qm groß. Aufgrund ihrer baulich schlechten Grundsubstanz aus den Nachkriegsjahren und ihrer geringen Zimmergrößen entsprechen die Wohnungen weder den Bedürfnissen der Mieter noch den energetischen Standards. Die sehr engen planungsrechtlichen Ausweisungen in dem bestehenden Planrecht verhindern überdies eine an den heutigen Wohnmaßstäben orientierte angemessene und notwendige Erweiterung der Wohnungsgrößen. Die jetzt durch die Senatskommission beschlossene Kompromissvariante ermöglicht durch den Bau von etwa 150 zusätzlichen Wohneinheiten und den Ersatz von 550 Wohnungen durch Neubauten insgesamt ca. modernisierte 700 Wohneinheiten. Der Investor hat den Mietern zugesichert, dass diese Kündigungsschutz erhalten, wenn Ihr Objekt von der Umsetzung des neuen Bebauungsplans betroffen ist und ein Mitspracherecht bei der Sanierung eingeräumt.

Die Wohnanlage soll in kleinen Schritten über einen Zeitraum von zehn bis 15 Jahren umstrukturiert werden.

Seit der öffentlichen Plandiskussion im Juni 2010 gab es gegen den Bebauungsplanentwurf Widerstand. Kritiker befürchten den Verlust des Gartenstadtcharakters der Siedlung und darüber hinaus Mieterhöhungen. In dem nachfolgenden Bürgerentscheid vom 27. Oktober 2011 hatten sich die Abstimmungsteilnehmer – 14,37% der Abstimmungsberechtigten - jeweils mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen sowohl für die Vorlage der Bürgerinitiative als auch für die Vorlage der Bezirksversammlung ausgesprochen. Schließlich wurde damit der Bürgerentscheid über die Stichfrage entschieden, in der sich 67,8% der abgegebenen gültigen Stimmen für die Vorlage des Bürgerbegehrens ausgesprochen hatten.

Kontakt:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Kerstin Graupner,
T: (040)428.40-32 49, pressestelle@bsu.hamburg.de.

28.02.2012/fb28a

Senat beschließt Änderung der Landeshaushaltsordnung

Auch Sondervermögen zur Schuldenaufnahme soll aufgelöst werden

Der Senat hat heute beschlossen, dass das ab 2013 geltende Schuldenverbot in der Landeshaushaltsordnung (LHO) und das Gesetz über das „Sondervermögen Konjunkturstabilisierungs-Fonds Hamburg“ aufgehoben werden sollen. Auch der Vorgängersenat hatte mehrfach eine Aufhebung der neuen LHO-Regelung angekündigt.

„Trotz erster Erfolge im Haushaltsjahr 2011 ist ein strukturell ausgeglichener Haushalt nach der Entwicklung der letzten Jahre bis Ende 2012 nicht mehr erreichbar“, sagte Finanzsenator Dr. Peter Tschentscher heute. Der Senat werde daher sein Finanzkonzept mit einer Begrenzung des Ausgabenanstiegs konsequent umsetzen – ohne Selbsttäuschung und Kurzzeiteffekte. Dazu gehöre auch die Aufhebung eines so genannten Sondervermögens, das nichts anderes sei als eine „Durchlaufstation für Kreditaufnahmen“, die dann als Rücklagen bezeichnet werden.

Hintergrund: 2007 war die Landeshaushaltsordnung so geändert worden, dass ab 2013 eine Nettokreditaufnahme in einer konjunkturellen Normallage verboten ist. Seinerzeit war davon ausgegangen worden, dass die Hansestadt dann einen strukturell ausgeglichenen Haushalt aufweisen würde. Diese Zielsetzung wurde in den Folgejahren jedoch nicht konsequent verfolgt, so dass der Rechnungshof derzeit ein sehr hohes strukturelles Defizit beklagt.

Rückfragen:

Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker

Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556

E-Mail: daniel.stricker@fb.hamburg.de

28.02.2012/kb28

Juryentscheid Förderung freie Theater- und Tanztheaterszene

Kulturbehörde vergibt zusätzliche Förderung in Höhe von 100.000 Euro

In diesem Jahr hat die Kulturbehörde erstmalig Nachwuchs-, Festival- und Konzeptionsförderungen für die freie Theater- und Tanztheaterszene vergeben. Damit konnten Kernforderungen aus der im vergangenen Jahr vorgelegten „Potentialanalyse der freien Theater- und Tanzszene in Hamburg“ umgesetzt werden. Mit der dreijährigen Konzeptionsförderung kann künftig die künstlerische Spitze genauso gefördert werden wie der Nachwuchs, dem faire Startbedingungen geboten werden. Die Festivalförderung soll die Szene in ihrer ganzen Vielfalt darstellen helfen.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „Mit den neuen Fördermodulen ist es gelungen, neue Impulse in dieser lange unterfinanzierten Sparte zu setzen. Die Förderinstrumente sind in ihrem ersten Durchgang überdurchschnittlich gut angenommen worden. Die Jury hat für alle geförderten Sparten anspruchsvolle und ausgereifte Konzepte sowie unterschiedliche künstlerische Formen ausgewählt.“

Die neue Förderung ergänzt die bisher vergebene Produktionsförderung in den Bereichen Tanz-, Sprech- und Musiktheater, Performance sowie Kinder- und Jugendtheater ab der kommenden Spielzeit 2012/13. Insgesamt stehen für den Bereich des freien Theaters und Tanzes damit 655.000,- € zur Verfügung. Detaillierte Informationen zu den geförderten Künstlern und Projekten hängen an.

Mitglieder der verschiedenen Fachjürs in diesem Jahr waren: Edith Boxberger (freie Journalistin), Dagmar Fischer (freie Kulturjournalistin), Angela Glechner (Sommerfestival Kampnagel), Juliane Lachenmayer (Kindertheaterverlag), Michael Müller (Theaterpädagogin am Deutschen Schauspielhaus), Prof. Dr. Nikolaus Müller-Scholl (Professor für Theaterwissenschaft Goethe Universität Frankfurt am Main), Katrin Ullmann (freie Journalistin), Eva-Maria Voigtländer (Dozentin Theaterakademie Hamburg), und Klaus Witzeling (Hamburger Abendblatt) zusammen.

Für Rückfragen:

Stefan Nowicki

Pressestelle der Kulturbehörde

040 / 42824 - 226

stefan.nowicki@kb.hamburg.de

Förderungen für die Spielzeit 2012/2013:

Förderungen im Bereich Nachwuchs

Gruppe / Antragsteller	Bereich	Projekt
Corinna Korth	Performance, Musiktheater	Institut für Hybridforschung-Back to the Bone, Kampnagel
Regina Rossi	Tanz	tchi-kudum: movimento dois. Oder: Bewegung Zwei, Kampnagel
Irina Demina	Tanztheater	Different / Same
Andonia Gischina	Sprechtheater	Mutter und Tochter, Hamburger Sprechwerk
Greta Maria Granderath	Performance	or one dancing (AT)
Kathrin Mayr	Performance/ Sprechtheater	Bildbearbeitung 2.0

Förderungen im Bereich Kinder-und Jugendtheater

Gruppe / Antragsteller	Projekt
Kirsch kern & COMPES, Judith Compes und Sabine Dahlhaus	Hühner – eins schwarz eins weiß (Sprechtheater ab 6 Jahren), Fundus Theater Hamburg
Puppenbühne Knirpsenland, Andrea Schulz	3 Impro-Geschichten aus dem Koffer (Figurentheater ab 3 Jahren), Hamburger Puppentheater
Theater Triebwerk, Uwe Schade	Bitte nicht stören! (Musiktheater ab 6 Jahren), Fundus Theater Hamburg
Kindertheater BühneBumm, Ju-	Der kleine Häwelmann

dith Mauch, Katrin Sagener	(Sprechtheater ab 3 Jahren), monsun Theater
Fata Morgana Productions - Theater Fata Morgana, Hartmut Fiegen	Don Quijote (Erzähltheater für Kinder ab 6 Jah- ren), Fundus Theater Hamburg
Julius Jensen / THEATERBOX	Wilhelmsburger Kindermärchen 2013, Honigfabrik
Charlotte Pfeifer	Die Traummaschine (Theaterstück für Kinder zwischen 5-12 Jahren), übel&gefährlich

Förderempfehlungen im Bereich Tanztheater

Gruppe / Antragsteller	Projekt
Schmidt-Rohr/Kästner-Tanzinitiative Hamburg	hinter den Gärten (AT), urbaner Raum
Ursina Tossi	unter hirschen, Hamburger Botschaft
Begüm Erciyas	While Anticipating (AT), Kampnagel
deufert&plischke GbR	(En)Tropisches Institut Ham- burg, K 3 – Zentrum für Choreogra- phie
Sylvi Kretzschmar / SKILLS	Der Aufbau, Kampnagel
Jana Unmüßig	Farbe, Farbe, Kampnagel
Lucia Glass	DOORPUSHER, Kampnagel
Jenny Beyer	All, Kampnagel
Sebastian Matthias	Allemande (AT), Kampnagel

Dani Brown	Home The fantasy of cultural solidarity or bobby can you clean the ectoplasma off the wall?, Kampnagel
------------	---

Förderempfehlungen im Bereich Sprech-, Musiktheater und Performance

Gruppe / Antragsteller	Bereich	Projekt
Eva Bernhard	Performance	Happy Ending, Hamburger Sprechwerk
Christian Winkler/Franz von Strolchen	Sprechtheater	STAMMTISCH! Im Zeitalter der Nervosität, Kulturhaus III & 70
Dramazone, Kaja Jakstat	Performance	Wende-Möglichkeit, Kulturhaus III & 70
costa compagnie, Felix Meyer-Christian	Performance	Fukushima, my love, Fleetstreet
S/I Das Bleckwerk Museum	Sprechtheater	Die europäischen Medien, Kampnagel
Hajusom e.V.	Performance	Paradise-Mastaz, eine Puppenperformance, Kampnagel
Kollektiv Bauchladen Monopol	Performance	giselles index oder plakaten, Gängeviertel
Stefan Kolosko	Sprechtheater	HAMLET-ANSTALT, Kampnagel
theater: playstation e.V. David Chotjewitz	Musiktheater	Die lebende Juke Box, Kampnagel / urbaner Raum
Matthias Anton// Geheimagentur gbr	Performance	aktionen // attraktionen, Kampnagel / Hamburger Dom
Union Universal /Maria Magdalena Ludewig	Musiktheater	Dem Weggehen zugewandt,

		Kampnagel
Ivona Sijakovic	Performance	Last Feminist Performance, Gängeviertel
Gintersdorfer/Klaßen	Sprechtheater	Die Bühne ist mein Wald, Kampnagel

Förderungen im Bereich Festival

Gruppe / Antragsteller	Bereich
Kaltstart e.V. / Sarah Theilacker	Kaltstart Hamburg 2012, Kulturhaus III & 70, Zeisehallen, Open Air
Festivalteam der freien Theater Hamburgs e.V.	Festival 150 % Made in Hamburg 2012, Kampnagel, LICHTHOF Theater, monsun Theater, opera stabile u.a.

Konzeptionsförderungen für die Spielzeiten 2012/13-2014/15:

Antragsteller	Bereich	Projekt
Antje Pfundtner	Tanztheater	Antje Pfundtner in Gesellschaft - Konzeption zur Entwicklung einer zeitgenössischen Tanzkompanie, Kampnagel, K 3- Zentrum für Choreographie
LIGNA	Performance	Totalität und Widerstand, Kampnagel

Terminkalender

Vom 5. März bis 9. März 2012

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 05.03.2012

- 11:30** Handelskammer Hamburg, Adolphsplatz 1
Senator Ties Rabe begrüßt im Rahmen des **Expertenkreises „Inklusive Bildung“ Vertreter der Deutschen UNESCO-Kommission** und hält ein Grußwort.
- 14:00** Geomatikum Universität Hamburg, Bundesstr. 55
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt hält ein Grußwort bei der **Geophysikalischen Gesellschaft**.
- 14:30** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Bürgermeister Olaf Scholz empfängt den **Botschafter der Vereinigten Mexikanischen Staaten, Francisco Nicolas Gonzalez Diaz**, zum Antrittsbesuch.

Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt teil.
- 19:00** Hotel Courtyard by Marriott, Hamburg Airport
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt hält ein Grußwort anlässlich des **Nationalfeiertages der Republik Bulgarien**.
- 19:30** Hotel Vier Jahreszeiten, Neuer Jungfernstieg
Bürgermeister Olaf Scholz nimmt gemeinsam mit dem Präsidenten der Deutschen Fußball Liga, Reinhard Rauball, teil an der **Hamburg Soirée**.

Staatsrätin Elke Badde und Staatsrat Volker Schiek nehmen teil.
- 19:30** Laeishalle, Johannes-Brahms-Platz 1
Senatorin Prof. Barbara Kisseler besucht ein **Klavierkonzert von Grigory Sokolov**.

Dienstag, den 06.03.2012

- ganztägig** Cannes, Frankreich
Senator Dr. Peter Tschentscher besucht die **Immobilienmesse MIPIM** in Cannes und vertritt dort den Senat auf dem Gemeinschaftsstand der Freien und Hansestadt Hamburg und hält ein Grußwort.
- 12:00** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Staatsrat Wolfgang Schmidt empfängt den **Generalkonsul der Italienischen Republik, Giancarlo Ceprini**, zum Antrittsbesuch.

Mittwoch, den 07.03.2012

- 09:00** Berlin, Messegelände
Staatsrat Andreas Rieckhoff besucht die **ITB in Berlin**.
- 09:30** Brüssel, Gebäude des Ausschusses der Regionen, Rue Belliard 101

Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt an der **57. Europaministerkonferenz der deutschen Länder** teil.

12:30 Landesvertretung HH, Jägerstraße 1-3
Senatorin Jana Schiedek ist Gastrednerin beim **Rechtspolitischen Mittagstisch der Handelskammer Hamburg** in Berlin.

Donnerstag, den 08.03.2012

ganztägig Berlin
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt und Senatorin Prof. Barbara Kisseler nehmen vom 8.3.-9.3.12 teil an der **337. Kultusministerkonferenz**.

10:00 Hannover, Messegelände
Staatsrat Jens Lattmann nimmt an der **7. Sitzung des IT-Planungsrates** teil.

12:00 Rathaus, Großer Festsaal
Senatorin Jana Schiedek hält ein Grußwort beim **Senatsempfang anlässlich des Internationalen Frauentages 2012**.

Staatsrat Ralf Kleindiek nimmt teil.

16:00 Rathaus, Bürgermeistersaal
Staatsrat Volker Schiek empfängt **Offiziere der Bundeswehr** und hält ein Grußwort.

16:00 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Stadthausbrücke 8
Staatsrat Holger Lange hält ein Grußwort anlässlich der **Ausstellung „Bolivien, seine Regenwälder, seine Straßenkinder uvm.“**.

18:30 Hamburg Messe
Bürgermeister Olaf Scholz hält ein Grußwort anlässlich der **Übergabe des INTERNORGA Zukunftspreises**.

Freitag, den 09.03.2012

08:30 Landesvertretung Hamburg in Berlin, Jägerstr.1-3, 10117 Berlin
Staatsrat Dr. Bernd Egert nimmt am **Parlamentarischen Frühstück mit dem Thema“ Alternative Flugkraftstoffe** „ teil und hält ein Grußwort.